

N i e d e r s c h r i f t

**der 15. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 27.04.2006**

öffentlich

Ort: Biozentrum, Seminarraum 1
Weinbergweg 22
06120 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:50 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Herr Hans-Jürgen Schiller	Die Linkspartei. PDS	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Mohamed Yousif	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	bis 17:45 Uhr
Herr Michael Zeidler	SPD	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Heinz Maluch	GRAUE	
Herr Dr. Christian Fiedler	SKE	
Frau Marion Krischok	SKE	ab 17:15 Uhr
Herr Thomas Wünsch	SKE	
Frau Sabine Däschler	SKE	
Herr Andreas Nowotny	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU	vertreten durch Herrn Godenrath
Herr Werner Misch	CDU	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE	
Herr Lutz Sacher	SKE	

Verwaltung:

Herr Eberhard Doege	
Frau Gudrun Beitz	
Frau Regina Fehse	
Frau Uta Balleyer	
Herr Dr. Ernst Müllers	
Herr List	FB 31
Herr Wagner	FB 31 – zu TOP 1 und 5
Herr Hirtz	FB 31 – zu TOP 1 und 5
Herr Peterson	FB 31 – zu TOP 1 und 5
Frau Friedrich	FB 67 – zu TOP 1 und 5
Frau Wilhelm	FB 66 – zu TOP 5.1
Herr Gey	FB 66 – zu TOP 5.1

Gäste:

Herr Steglich	Baumschutzgutachter – zu TOP 1 und 5
8 Mitglieder der Baumschutzkommission	zu TOP 1 und 5

1. Zustand und zeitnahe Behandlung der Platanenallee (Vor-Ort-Begehung)
2. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 23.02.2006
5. Bericht der Baumschutzkommission
6. Anträge
 - 6.1. Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost
Vorlage: IV/2006/05541
 - 6.2. Dringlichkeitsantrag der Stadträtin Frigga Schlüter-Gerboth und des Stadtrates Dr. Uwe-Volkmar Köck - Die Linkspartei. PDS Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zur Änderung der Marktordnung
Vorlage: IV/2006/05724
7. Anfragen
8. Beantwortung von Anfragen
9. Anregungen
10. Mitteilungen
 - 10.1. schriftliche Information zur Umsetzung des ElektroG

zu 1 Zustand und zeitnahe Behandlung der Platanenallee (Vor-Ort-Begehung)

Protokoll:

Es erfolgte eine Begehung der Platanenallee in der Heideallee. **Herr Steglich**, Baumschutzgutachter, machte Ausführungen zum Zustand der Bäume der Allee.

Die während der Begehung gestellten Fragen wurden von **Herrn Steglich und Frau Friedrich** beantwortet.

Um 17:00 Uhr wurde die Sitzung im Biozentrum weiter geführt.

Herr Steglich teilte u. a. mit, dass es darum ginge, die Bäume zu erhalten. Allerdings könne man es sich nicht leisten, Baumruinen zu erhalten. Es müsse aber gesichert werden, die erkennbaren Schäden, die zur Verkehrsunsicherheit führen, abzubauen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Am Beispiel des Baumes Nr. 38 – Pilzbefall – erläuterte er, dass mit einer Ausdehnung des Pilzbefalls zu rechnen sei. Daher wird empfohlen, darüber zu entscheiden, ob abschnittsweise eine Umwandlung erfolgen soll. Allerdings müsse der wirtschaftliche Aspekt mit betrachtet werden. Die Neupflanzung eines Baumes würde Kosten zwischen 250 – 300 € verursachen. Dabei seien die entsprechenden Richtlinien zu beachten, so u. a. die Größe des Baumes, die Tiefe von einem Meter, der Standort (nicht an den Straßenbahnlinien). Man könne es sich nicht leisten, Baumruinen unbedingt zu erhalten.

Frau Däschler und Herr Schiller wollten wissen, ob es Möglichkeiten der Behandlung von Pilzbefallen gäbe, um eine Fällung zu vermeiden bzw., ob statt Bohrungen die Ultraschallmethode angewandt werden könne.

Herr Steglich antwortete, dass Pflanzenschutzmittel verpönt seien. Es gäbe verschiedene Arten von Pilzbefallen. Um die jeweilige Art feststellen zu lassen, wäre ein hoher finanzieller Aufwand nötig. Wenn nicht sofort das Loch des Pilzbefalls gefunden werde, bestehe die Gefahr der Verbreiterung.

Herr Kupke wollte wissen, ob die Stadt bezüglich der Platanenallee vor der Grundsatzentscheidung der Fällung von 49 Bäumen stehe.

Herr Wagner informierte, dass die Platanenallee als schutzwürdiges Element wahrgenommen werde. Daher habe die Stadt am Erhalt Interesse. Die Gutachten besagen, dass ein erheblicher Teil der Bäume ein starkes Risiko aufweise. Dies bedeute, dass mit dem jetzigen Baumbestand etwas getan werden müsse. Da die jungen Bäume zu nah an den Verkehrswegen gepflanzt wurden, haben sie nicht die notwendige Entwicklung genommen. Wenn die Stadt ein einheitliches Alleebild haben möchte, gäbe es dafür unterschiedliche Methoden. Es handele sich um ein Naturdenkmal „Platanenallee“. Dies bedeute, dass Nachpflanzungen notwendig seien. Infektionsgefahr sei gegeben. Wenn die Allee gänzlich neu bepflanzt werden sollte, würde es bedeuten, dass relativ gesunde Bäume gefällt werden müssten. Der Vorteil wäre allerdings die Beseitigung der Infektionsgefahr. Die Fällung der stark geschädigten Bäume könne nicht aufgehoben werden. Ein Vorschlag wäre, die Bereiche, in denen stark geschädigte Bäume stehen, diese zu beseitigen und eine Nachpflanzung in einem überschaubaren Zeitraum vorzunehmen.

Herr Wehrich verwies darauf, dass der Ausschuss heute keinen Beschluss darüber fassen könne, was aus der Platanenallee werde. Vielmehr ginge es in der heutigen Sitzung darum, ein Problembewusstsein zu entwickeln.

Zur Frage von **Frau Däschler** nach finanziellen Mitteln für eine komplette Erneuerung teilten **Frau Friedrich und Frau Balleyer** mit, dass nur eine abschnittsweise Erneuerung vorgesehen sei. Der FB 31 habe im Haushalt nur Mittel eingestellt zur Pflege und zur Gefahrenabwehr. Die Neubepflanzung wird entsprechend der eingestellten Haushaltsmittel durch den FB 67 veranlasst.

zu 2 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Vorsitzende des Ausschusses, **Herr Wehrich**, eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Nachfolgender Tagesordnung wurde einstimmig zugestimmt:

1. Zustand und zeitnahe Behandlung der Platanenallee (Vor-Ort-Begehung)
2. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 23.02.2006
5. Bericht der Baumschutzkommission
6. Anträge
- 6.1. Wiedervorlage: Antrag der Stadträte Wolff/Schuh Faktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE – zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost
Vorlage: IV/2006/05541
- 6.2. Dringlichkeitsantrag der Stadträtin Frigga Schlüter-Gerboth und des Stadtrates Dr. Uwe-Volkmar Köck – Die Linkspartei.PDS Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) – zur Änderung der Marktordnung
Vorlage: IV/2006/05724
7. Anfragen
8. Beantwortung von Anfragen
9. Anregungen
10. Mitteilungen
- 10.1. schriftliche Information zur Umsetzung des ElektroG

zu 4 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 23.02.2006**

Protokoll:

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

zu 5 **Bericht der Baumschutzkommission**

Protokoll:

Nach der Vorstellung der Mitglieder der Baumschutzkommission berichtete **Herr Prüfer** über die bisherige Tätigkeit der Kommission. Er teilte u. a. mit, dass die Mitglieder zum großen Teil nebenamtlich tätig seien. In der letzten Zeit waren sie mit Vor-Ort-Begehungen in bestimmten Gebieten der Stadt befasst, wie z. B. Heideallee, Heide-Süd, Berliner Straße, diverse Schulen, insbesondere in Halle-Neustadt. Es werden entsprechende Empfehlungen an die Untere Naturschutzbehörde gegeben, die dann diese auswertet und die Baumschutzkommission in ihre Entscheidungen einbezieht. Ein Entscheidungsprotokoll werde angefertigt und im Internet veröffentlicht. Die Arbeitsweise mit dem FB 31 sei sehr gut, sehr sachbezogen. Es gehe um den Sachverstand, der in die Entscheidungen mit einfließe.

Herr Hirtz informierte u. a., dass er die Sitzungen der Baumschutzkommission vorbereite und die Aufgaben koordiniere.

Herr Weihrich fand die Vor-Ort-Begehung und den Bericht der Baumschutzkommission sehr interessant und regte an, zu einem späteren Zeitpunkt das Thema im Ausschuss noch einmal zu behandeln.

zu 6 **Anträge**

zu 6.1 **Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost Vorlage: IV/2006/05541**

Protokoll:

Herr Weihrich informierte, dass es einen Zwischenbericht des GB II gäbe und das Thema in der letzten Sitzung des Planungsausschusses behandelt wurde. Der Ausschuss habe sich kurz zu den Inhalten des Zwischenberichtes verständigt, sei aber zu keinem endgültigen Beschluss gekommen. Mit Vorlage des Endberichtes werde in dem Ausschuss eine Entscheidung getroffen. Er empfahl, in der heutigen Ausschusssitzung genauso zu verfahren.

Da den Ausschussmitgliedern der Zwischenbericht als Tischvorlage übergeben wurde, ging **Herr Gey** auf Schwerpunkte dieses Berichtes ein und bezog sich insbesondere auch auf die haushaltsmäßigen Auswirkungen bei den vorgeschlagenen möglichen Maßnahmen. Die in

der Vorlage aufgeführten Maßnahmen 1 b, 1 c und 1 d seien aufgrund der Kosten abzulehnen. Der Maßnahmevorschlag 1 a – Lärmschutzdamm an HES – mit einer Gesamtkostensumme von 143.000 € weise die geringsten Baukosten aus, greife aber in das Baurecht (Planfeststellung) ein.

Auf die Frage von **Herrn Doege**, inwieweit eine Bepflanzung den Immissionsschutz positiv beeinflusse, teilte **Frau Wilhelm** mit, dass dies von der Art der Pflanzen abhängt und zurzeit von den Planern untersucht werde. Im Endbericht werde dazu eine Aussage getroffen werden.

Herr List verwies auf eine Faustregel, wonach bei 10 m dichtem Blattbewuchs die Lärmbelastung um einen Dezibel verringert werde.

Herr Zeidler und Herr Wehrich wollten wissen, ob es zum Feststellungsbeschluss Widersprüche gäbe, insbesondere auch bezüglich der Einstufung des Gebietes.

Herr Gey teilte mit, dass gesetzlich kein Einspruch geltend gemacht werden könne. Vielmehr überlege die Verwaltung, in wie weit auf der Grundlage der Einwendungen der Einwohnerschaft bezüglich lärmdämmender Maßnahmen etwas getan werden könne. Dies werde zurzeit untersucht und koste natürlich der Stadt Geld.

Auf die Frage von **Herrn Doege**, was der Abschlussbericht zum Inhalt haben solle, bemerkte **Frau Wilhelm**, dass Herr Prof. Schuh in einem Vorgespräch vor der Sitzung des Planungsausschusses am 25.04.06 auf mehrere Möglichkeiten von Lärmschutzmaßnahmen hingewiesen habe. So u. a. auch die Bepflanzung. Zu den eventuellen positiven Wirkungen der Lärmdämmung durch Bepflanzung äußerten sich **Herr Godenrath, Herr List, Frau Wilhelm und Herr Gey**. Dabei wurde insbesondere auf das subjektive positive Empfinden der Bürger bei der Durchführung von Bepflanzungsmaßnahmen eingegangen.

Die Frage von **Herrn Godenrath**, wann die Auslegungsfrist beendet sei, beantwortete **Frau Wilhelm** dahingehend, dass der 21. 04. 06 der letzte Auslegungstag war. Zurzeit befinde man sich in der Phase, wo Klage erhoben werden könne. Bisher liege noch keine Klage vor.

Dem Vorschlag des **Herrn Wehrich**, die endgültige Behandlung des Antrages bis zur Vorlage des Endberichts zu vertagen, wurde zugestimmt.

Des Weiteren verwies **Herr Wehrich** auf einen völlig neuen Sachverhalt für den Fall, wenn Klage erhoben werde. In diesem Fall müsse man sich mit dem Einbringer des Antrages verständigen, so **Herr Godenrath**.

Es wurde nachfolgender **Beschluss einstimmig** gefasst:

Die Behandlung des Antrags wird bis zur nächsten Ausschusssitzung vertagt. Durch den Geschäftsbereich II – Planen, Bauen und Straßenverkehr – erfolgt eine Verständigung mit Frau Wolff und Herrn Professor Schuh über die weitere Verfahrensweise, wenn eine Klage beim Gericht eingehen sollte.

**zu 6.2 Dringlichkeitsantrag der Stadträtin Frigga Schlüter-Gerboth und des Stadtrates Dr. Uwe-Volkmar Köck - Die Linkspartei. PDS Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zur Änderung der Marktordnung
Vorlage: IV/2006/05724**

Protokoll:

Frau Schlüter-Gerboth informierte über die Änderung ihres Antrages. Demgemäß wurde der Beschlussvorschlag des Dringlichkeitsantrages wie folgt geändert:

In der Anlage 3 der Marktordnung soll der vorletzte Satz beim Marktplatz entsprechend der Formulierung für den Wochenmarkt Halle-Neustadt lauten:

Zusätzlich zu den o. g. Verkaufsständen werden **täglich** Erzeuger gemäß § 55 a Abs. 1 Nr. 2 GewO bis zur Ausschöpfung der Platzkapazität zugelassen.

Herr Doege verwies darauf, dass man sich beim Marktplatz bewusst auf bestimmte Sortimente beschränkt habe. Auf der Westseite des Marktplatzes gäbe es 40 Standplätze, davon seien 35 Dauerzuweisungen und fünf tägliche Zuweisungen. Diese Tageszuweisungen seien nicht sortimentsgebunden. Derzeit sei auf dem Marktplatz ein Händler, der an vier Tagen anwesend sei und Obst sowie Gemüse verkauft. An zwei Tagen davon dürfe er aber keine anderen gärtnerischen Erzeugnisse vermarkten.

Mit dem Händlerbeirat wurde der Antrag besprochen. Der Händlerbeirat sei ein Gremium, der die Händlerinteressen vertreten solle. Die Stellungnahme des Beirats hat zum Inhalt, dass insgesamt 40 Stände ausreichen würden. Die Stadt ist der gleichen Auffassung, zumal die Auslastung zurzeit bei 33 bzw. 34 Ständen liege.

Am heutigen Tag fand eine Beratung mit dem Verband Stadt und Land Region Halle e.V. zur Einordnung der Direktvermarkter statt. Deren Anliegen bestehe darin, dass im Rahmen der Wirtschaftsförderung der Handel mit regionalen Produkten durchgeführt werde. Jedoch sei das nach der gültigen Marktordnung nur mittwochs und samstags möglich. Wenn die Versorgung mit regionalen Erzeugnissen verstärkt erfolgen solle, gäbe es nur die Möglichkeit, die Erzeuger auf bestimmte Tage zuzulassen.

Herr Dr. Müllers ergänzte, dass die Stadt an die Marktordnung gebunden sei. Mit den Vertretern des Verbandes Stadt und Land Region Halle e. V. sei man so verblieben, dass sie einen schriftlichen Beitrag zu ihren Vorstellungen liefern und dieser dann verwaltungsseitig geprüft werde.

Frau Schlüter-Gerboth und Herr Wehrich unterbreiteten den Vorschlag, den veränderten Antrag auf die Junisitzung zu vertagen.

Der Vertagung des Antrages auf die Sitzung des Ausschusses am 22. Juni 2006 wurde **einstimmig zugestimmt**.

zu 7 Anfragen

Protokoll:

Herr Maluch informierte, dass für die Klinik Voßstraße für zehn Schwestern nur zwei Parkplätze zur Verfügung stehen würden und die Politessen sehr schnell beim Abstrafen seien. Sechs Parkplätze für Besucher seien augenblicklich gesperrt (Prof.-Friedrich-Hoffman-Str.). Wie wird das Parkplatzproblem und bis wann geregelt?

Herr Wehrich wollte wissen, was vonseiten der Stadt getan werde, um bei den Turntable Days einen maximalen Lärmschutz zu erreichen?

Herr List führte u. a. aus, dass mit dieser Problematik viele Bereiche der Stadt befasst seien. Der Veranstalter, MDR Sputnik, habe mit der Oberbürgermeisterin einen Vertrag abgeschlossen. Die Stadt stehe hinter dieser Veranstaltung. Frühzeitig sei in Auswertung der Veranstaltung 2005 festgelegt worden, dass der Veranstalter ein Konzept vorzulegen habe. In diesem seien zusätzliche Schallschutzmaßnahmen angekündigt. Die Veranstaltung werde als „seltenes Ereignis“ eingestuft, da ein öffentliches Interesse bestehe. Demgemäß müssen die betroffenen Einwohner auch mit einem höheren Pegel rechnen, und zwar

- 70 Dezibel am Tag bis 20:00 Uhr
- 65 Dezibel von 20:00 bis 22:00 Uhr
- 55 Dezibel in der Nachtzeit bis früh um 06:00 Uhr.

Diese Pegel müssen eingehalten werden. Fünf Immissionsstandorte seien genannt worden. Der Veranstalter sei dafür verantwortlich, dass während der ganzen Zeit gemessen werde. Dafür werde es zwei fest installierte Messstellen geben und eine mobile Messeinrichtung. Des Weiteren würde der Veranstalter technische Vorkehrungen treffen, die insbesondere der Schallabstrahlung dienen würden. Bestimmte Aufklärungsarbeit werde vom Veranstalter getroffen. Die Fachbereiche 31 und 32 werden Kontrollen durchführen.

Die Frage von **Herrn Kupke**, ob die Veranstaltung bereits genehmigt sei, wurde von **Herrn List** bejaht.

zu 8 Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 9 Anregungen

Protokoll:

Anregungen gab es nicht.

zu 10 Mitteilungen

zu 10.1 schriftliche Information zur Umsetzung des ElektroG

Protokoll:

Herr Doege ging auf die ausgehändigte Information ein und teilte u. a. mit, dass das Elektro- und Elektronikgerätegesetz am 24.03.06 in Kraft getreten sei. Dies beinhalte eine generelle Rücknahmepflicht der Hersteller. Kein Bürger sei mehr berechtigt, Elektro- und Elektronikgeräte in den Restmüll zu entsorgen. Vielmehr sei er verpflichtet, diese bei den drei Sammelstellen der Stadtwirtschaft zu entsorgen oder der Verkaufsstelle zurück zu geben. Bei Elektrogroßgeräten bestehe die Möglichkeit der Abholung durch die Stadtwirtschaft.

Frau Schüler-Gerboth sprach die Entsorgung der Leuchtstoffröhren an, die nur in der Sammelstelle Äußere Hordorfer Str. entsorgt werden könnten. Sie wollte wissen, warum eine Entsorgung bei den anderen zwei Sammelstellen nicht möglich sei.

Zum Hinweis von **Herrn Kupke**, dass blaue Tonnen noch in bestimmten Bereichen stehen würden, teilte **Frau Balleyer** mit, dass alle blaue Tonnen bis Ende diesen Jahres verschwinden werden.

Herr Wehrich unterbreitete den Vorschlag, dass der CDU-Antrag zur gewerblichen und politischen Plakatierung erst im Ausschuss behandelt werden solle, wenn der Planungsausschuss damit sich befasst habe.

Da es für die Maisitzung keine Themenvorschläge gab, schlug **Herr Wehrich** vor, dass erst am 22. Juni 2006 die nächste Sitzung stattfindet. Dem Vorschlag wurde zugestimmt.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Dietmar Wehrich
Ausschussvorsitzender

Eberhard Doege
Beigeordneter

Gudrun Beitz
Protokollantin